

BESCHLUSS DER FRAKTIONSVERSITZENDEN VON BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

FÜR EINEN SOLIDARISCHEN WEG AUS DER KRISE

03. Februar 2012, Brüssel

Europa bedeutet, gemeinsam mehr zu erreichen als allein. Nur gemeinsam können wir in einer globalisierten Welt bestehen. Der Zusammenhalt in der Europäischen Union ist ein zentraler Wert Grüner Politik.

Dieser Zusammenhalt ist bedroht. Die EU ist in der größten Krise seit ihrem Bestehen. Diese europäische Krise ist mehr als die Krise des Euro, es ist mehr als eine Finanz- oder Wirtschaftskrise. Sie bedroht das große Friedens- und Demokratieprojekt Europa.

Merkels These ist: Wenn nur alle wie die Deutschen werden, dann haben wir die Krise bald durchgestanden. Deswegen setzt sie allein auf den Abbau der Staatsschulden, auf Export und Lohnzurückhaltung.

Die Rechnung wird nicht aufgehen, denn sie fokussiert nur auf einen Teil der Krise – die Staatsschulden – und vernachlässigt andere Ursachen wie die ungleiche Wirtschaftskraft und die Wirtschaftskrise in vielen Ländern Europas. Wir haben infolge der Finanzkrise überschuldete private Haushalte, überschuldete Banken und erst in deren Folge überschuldete Staaten. Und während Deutschland sich immer billiger finanzieren kann, steigen die Zinsen für Länder wie Italien und Spanien. Gegen die enorm gestiegenen Zinssätze kann kein Land ansparen. Die Schulden der Krisenstaaten wachsen entsprechend. Innerhalb einer gemeinsamen Währungszone können nicht alle gleichzeitig mehr exportieren als importieren. Und

wenn alle ihre Löhne senken, sinkt die Kaufkraft. So setzt sich die Krise fort. Merkels Rezepte gegen die Krise sind gescheitert, ihre brüske Ablehnung jeglicher Hilfe für Griechenland vor zwei Jahren hat die Krise verschärft und erst richtig teuer gemacht.

Die EU-Partner genauso wie die EU Kommission und der IWF sehen, dass Merkels Krisenstrategie die Euro-Krise nicht bewältigt. Merkels großangekündigter Fiskalpakt wurde in den europäischen Verhandlungen umgeschrieben und aufgeweicht. Vor allem aber löst der Pakt die Probleme der Eurozone nicht. Er ist ökonomisch unzureichend, weil er Staaten einseitig zum Sparen verpflichtet und die Rezession in einigen Mitgliedstaaten verschärft. Der Pakt schwächt die europäischen Institutionen und befördert die Politik der Hinterzimmer an den Parlamenten vorbei.

Wir Grüne schlagen einen energischeren, einen soliden und solidarischen Weg aus der Krise vor. Eine solide Haushaltspolitik bleibt zentral. Allerdings muss den Ländern im Defizitverfahren genügend Zeit für ihre Reformen und Sparanstrengungen gegeben werden. Ebenso dringend müssen wir die Leistungsbilanzdefizite der Krisenstaaten durch die Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit und die Stärkung der Binnennachfrage in den Überschussländern bekämpfen. Dabei sollten auch die innerdeutschen Erfahrungen im Umgang mit sehr unterschiedlichen Wettbewerbsfähigkeiten in einem

gemeinsamen Wirtschaftsraum berücksichtigt werden.

Eine Banklizenz für die Rettungsschirme wäre eine schnelle Lösung, damit Europa glaubhaft der Spekulation begegnen kann. Ein anderer Weg wären die Aufstockung des ESM oder europäische Stabilitätsbonds. Hebelungsversuche mit Geld von außerhalb der EU sind bislang gescheitert. Europa muss sich selbst stärker in vertrauensbildende Maßnahmen einbringen. Ein Schuldentilgungspakt nach dem Konzept des Sachverständigenrats ist deshalb ein wichtiges Ziel: Er verbindet geringere Zinssätze durch eine gemeinschaftliche Haftung mit einem strikten Schuldenabbaupfad. Das ist solide und solidarisch. Doch die schwarz-gelbe Bundesregierung verweigert sich diesen Lösungen.

Der Weg aus der Krise führt über mehr Europa, nicht weniger. Europa braucht den Mut, zu einer echten Wirtschafts- und Solidarunion zu werden. Ein starker wirtschaftspolitischer Rahmen, neue Kompetenzen für eine gemeinsame Finanz- und Haushaltspolitik und ein sozialeres Europa sind für uns zentral. Die Nationalstaaten werden Kompetenzen gemeinsam und demokratisch teilen müssen, nur so gewinnen sie politische Souveränität zurück. Und nur so können wir Europa die notwendige Stabilität für eine gemeinsame Währung geben.

Die Vorteile einer gemeinsamen Währung und gemeinsame Institutionen sind zwei Seiten der gleichen Euro-Münze. Nur gemeinsam mit den europäischen Bürgerinnen und Bürgern, mit Zivilgesellschaft und Sozialpartnern können wir diese

große Aufgabe anpacken. Daher schlagen wir einen Konvent zur Zukunft der EU vor. Merkel und Sarkozy setzen auf die Hinterzimmer der Macht. Wir setzen auf eine offene Debatte.

Wir müssen denjenigen ein Angebot machen, die Europa zunehmend als Bedrohung empfinden. Deswegen ist es ein Irrweg von Angela Merkel, der EU, in der es bereits jetzt 24 Millionen Arbeitslose gibt, alleine ein Sparprogramm aufzudrücken. Es ist unehrlich, der verunsicherten Bevölkerung vorzugaukeln, Deutschland käme zum Nulltarif aus der Krise. Wir sind überzeugt: Die Deutschen sind solidarisch, und sie haben ein großes Interesse an einer funktionierenden Europäischen Union. Deutschland wird sich mehr als bisher engagieren müssen. Gut begründet wird das auf Zustimmung stoßen.

Die Menschen müssen sicher sein, dass die Lasten der Krise gerecht verteilt sind. Deswegen wollen wir eine Abgabe auf hohe Vermögen zum Schuldenabbau verwenden und eine Finanztransaktionssteuer, damit einerseits die Spekulation begrenzt wird und andererseits die Finanzbranche endlich ihren angemessenen Beitrag zum Gemeinwesen leistet. Ein europäisches Steuerrecht würde Steuerflucht verhindern und dafür sorgen, dass sich vor allem internationale Konzerne und wohlhabende Bürgerinnen und Bürger nicht länger einer wirksamen Besteuerung entziehen können. Und eine nachhaltige Entwicklungsstrategie im Sinne eines Green New Deal kann die ökologische Neuausrichtung der Wirtschaft mit einem neuen sozialen Ausgleich und Verteilungsgerechtigkeit verbinden